

Neue Verwaltungsrichtlinien und Dauerbelastung wichtige Themen der Herbstsitzung



Am 23. Oktober 2014 trafen sich die Mitglieder des Arbeitskreises Jobcenter zu ihrer regelmäßigen Sitzung in der Landesgeschäftsstelle der komba gewerkschaft in Köln. Unter Vorsitz des Kollegen Dirk Kursim, Vorsitzendes des PR Jobcenter Bielefeld, diskutierten die Kollegen aus den Jobcentern und Optionskommunen aktuelle Themen aus ihrem Bereich.

Sehr kritisch wurde dabei die unterschiedliche Bezahlung der kommunalen Kolleginnen und Kollegen zu denen aus dem Bereich der Bundesagentur für Arbeit (BA) gesehen. So kommt es vor, dass bei gleichen Tätigkeiten Kommunalbeschäftigte teilweise bis zu 600 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen der BA verdienen. Zudem ist es möglich, dass eine kommunale Führungskraft weniger Vergütung erhält als der ihr zugeordnete Sachbearbeiter aus dem BA-Bereich. Hier besteht aus Sicht der Mitglieder des Arbeitskreises dringender Handlungsbedarf, um diese Ungleichbehandlung der Kommunalbeschäftigten durch einen finanziellen Ausgleich zu beseitigen.

Einen breiten Raum der Diskussion nahm eine neue Verwaltungsrichtlinie der BA ein, mit der ein zusätzliches Prüfverfahren bei der Gewährung von Leistungen in die Jobcenter eingeführt wird. Dadurch entstehen zusätzlich Belastungen sowohl für Teamleiter als auch für Sachbearbeiter. Die Teamleitungsebene wird dabei noch weniger Raum haben, gesund zu führen. Denn die anhaltend hohe Belastung der Teamleitungsebene mit immer mehr Fachaufsicht und Kontrollaufgaben verdrängt das Thema „Führung“ zunehmend in den Hintergrund. Dies wird fatale Auswirkungen in Hinblick auf Fürsorgepflicht und Gesundheitsschutz gegenüber den ohnehin schon stark belasteten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern haben. Die zusätzlichen Kontrollaufgaben für Teamleiter und Sachbearbeiter können aus Sicht der Praktiker vor Ort nur durch zusätzliches Personal, das sich speziell um dieses Thema kümmert, aufgefangen werden, damit die Jobcenter auch weiterhin auf gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl auf der Führungs- als auch Sachbearbeitungsebene setzen können und so funktionsfähig bleiben.

Weiterhin wurde über die Auswirkungen der neuen gesetzlichen Regelungen zur Zuweisung der Beschäftigten zu den Jobcentern diskutiert. Die Kollegen schilderten in dem Zusammenhang die Probleme, die durch die hohe Personalfluktuation entstehen. Es wird immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden, das bereit ist, länger die verantwortungsvollen und nicht immer leichten Aufgaben im Jobcenter und bei den Optionskommunen zu erfüllen. Nur wenn die Personalkörper der Jobcenter auf Dauer stabilisiert werden, besteht die Chance, dass sich die derzeitige Situation zugunsten der Beschäftigten verändert. Hierzu müssen die grundsätzlichen Rahmenbedingungen verändert werden: Die Jobcenter müssen zu einem attraktiven Dienstleister vor Ort umgestaltet werden, damit geeignetes Personal auf Dauer gehalten und neues hinzu geworben werden kann.

Köln, 24.10.2014

V.i.S.d.P.: Eckhard Schwill, Justiziar komba gewerkschaft, Norbertstr. 3, 50670 Köln